

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Die Trümmer des Angriffs auf die Saatgutbank und die Bewässerungsanlage in Hebron im Westjordanland. Foto: UAWC

PALÄSTINA/SAATGUT

Samen und Souveränität

Ende Juli wurde die einzige palästinensische Saatgutbank im Westjordanland, eine der stillen Grundlagen des palästinensischen Widerstands, von israelischen Streitkräften angegriffen und zerstört – wieder ein Angriff auf ein lebensnotwendiges Projekt, auf eine Infrastruktur der Nahrungssouveränität in Palästina.

Auf den sich weit erstreckenden Hügeln der Hebron-Berge wurde seit mehr als einem Jahrzehnt ein leises, aber wichtiges Projekt umgesetzt. Die 2010 gegründete «Palestinian Heirloom Seed Bank» (Palästinensische Saatgutbank) war eine einzigartige Initiative, die wissenschaftliche Arbeit, kulturelle Bewahrung und Widerstandskraft der einheimischen Bevölkerung vereinte. Ihre Mission war einfach, aber von grosser Bedeutung: traditionelle Sorten, die seit langer Zeit die palästinensischen Gemeinschaften ernährten und die landwirtschaftliche Identität des Landes prägten, zu sammeln, zu schützen und wieder anzubauen.

Am 31. Juli 2025 wurde diese Kontinuität gewaltsam unterbrochen. Die Anlage für die Saatgutvermehrung wurde von israelischen Streitkräften im Gebiet «C»¹ des besetzten Westjordanlands zerstört. Dabei wurden wich-

tige Teile der Infrastruktur, darunter Bewässerungssysteme, Kontrollgeräte und technische Aufzeichnungen zerstört. Die Anbauflächen, auf denen fünfzehn lokale Sommersorten angebaut wurden, blieben ohne Bewässerung und Überwachungssysteme zurück; die Saatgutproduktion der Saison ist gefährdet. Die Bedeutung dieses Ereignisses liegt in der Struktur, auf die es abzielte. Die Vermehrungseinheit war ein funktionierender Pfeiler der Bank und für die Produktion genau der Sorten verantwortlich, welche die Grundlage einer autonomen, an das Klima angepassten Nahrungsmittelversorgung in Palästina bilden.

Eine in der Erde verwurzelte Vision

Die Saatgutbank wurde als Antwort auf strukturelle Schwachstellen in der palästinensischen Landwirtschaft konzipiert: zunehmende Abhängigkeit von importiertem Saat-

gut, steigende Kosten für Landwirtinnen und Landwirte und das Verschwinden traditioneller Sorten, da diese für industrielle Modelle ungeeignet sind. Im Laufe der Jahre sammelte und dokumentierte das Team mehr als 80 lokale Pflanzensorten von Gemüse, Getreide, Hülsenfrüchten und Heilpflanzen, bewahrte sie sowohl physisch als auch digital auf und sicherte sie in einigen Fällen international durch Hinterlegung im «Global Seed Vault» in Svalbard. Die Arbeit ging weit über die Konservierung hinaus. Die Bank fungierte als agroökologische Einrichtung, die Landwirtinnen schulte, Felddaten sammelte und die Fähigkeit der Gemeinschaften zur Saatgutauswahl und -konservierung stärkte. Dank ihrer Arbeit konnten jährlich mehr als 500 Landwirtinnen lokal angepasste, widerstandsfähige Pflanzen anbauen, die auch mit Wasserknappheit und klimatischem Stress zurechtkommen.

Im Jahr 2025 kam der Vermehrungsanlage eine besondere Bedeutung zu. Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit schwerer Dürre, in denen die Niederschlagsmenge weniger als die Hälfte des Jahresdurchschnitts betrug, kam es in den regenabhängigen Kulturen des Landes zu einem starken Rückgang der Produktivität. Unter diesen Bedingungen war die Verfügbarkeit von lokal angepasstem Saatgut mehr als nur eine Präferenz, sondern eine Notwendigkeit.

Ein Angriff mit strukturellen Auswirkungen

Die gezielte Zerstörung der Vermehrungsanlage war kein isolierter Zwischenfall. In den letzten Jahren war die palästinensische Agrarinfrastruktur wiederholt Bedrohungen

ausgesetzt, darunter Gewalt durch Siedler:innen und die Zerstörung von Gewächshäusern und Wasserversorgungsnetzen. In Gaza wurden während der Militäroffensiven von 2023 und 2024 über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unbrauchbar gemacht. In der gesamten Westbank bestehen weiterhin systematische Beschränkungen des Zugangs zu Land und Wasser. Dieses jüngste Ereignis verschärft die bereits bestehende Fragilität des Agrarsektors. Die Beschädigung der Vermehrungsanlage birgt die Gefahr einer erheblichen Verknappung des Saatguts für die kommende Saison, insbesondere für niederschlagsarme Gebiete, die auf eine präzise Saatgutauswahl angewiesen sind. Ausserdem wird die Vollständigkeit der technischen Überwachung und Saatgutdokumentation gestört, die für jede langfristige ökologische Anpassungsstrategie unerlässlich ist. Der Verlust hat auch kulturelle und historische Dimensionen. Mehrere der betroffenen Saatgutsorten sind einzigartig in Palästina und mit bestimmten geografischen Gebieten und Wissenssystemen verbunden. Ihr Anbau ist Teil einer umfassenderen Praxis, die kulinarische Traditionen, das ökologische Gleichgewicht und die lokale Identität erhält. Die Vermehrungseinheit spielte eine zentrale Rolle dabei, dass diese Sorten nicht nur Artefakte geblieben sind, sondern sich durch die Hände der Landwirt:innen weiterentwickeln konnten.

Im Kern stellt die Saatgutbank eine Infrastruktur der Souveränität dar. Sie fordert einen grundlegenden Aspekt der Autonomie zurück: die Fähigkeit einer Bevölkerung, sein

eigenes Ernährungssystem auf der Grundlage ökologischer Logik und kultureller Werte zu wählen, zu kultivieren und zu erhalten. Diese Form der Souveränität ist materiell und relational, sie liegt in den Samen, im Wissen, in den Gewohnheiten des Anbaus und des Austauschs.

In dem Kontext langwieriger Besatzung und externer Abhängigkeit gewinnen solche Infrastrukturen eine erhöhte politische Bedeutung. Die Saatgutbank bietet eine Alternative zu Agrarsystemen, die von externen Märkten, Saatgutmonopolen und der Anfälligkeit für Störungen der Lieferkette geprägt sind. Sie ist ein Modell für endogene Entwicklung, das vor Ort verwurzelt ist, auf das Klima reagiert und den Bedürfnissen der Gemeinschaft verpflichtet ist. Die Zerstörung einer ihrer zentralen Einheiten kann daher als struktureller Eingriff verstanden werden, der darauf abzielt, ein selbstorganisiertes Modell der Lebensmittelproduktion zu untergraben. Sie gefährdet sowohl die materiellen Erträge als auch das umfassendere System von Beziehungen und Praktiken, dessen Aufbau Jahre gedauert hat.

Gemeinsame Verantwortung

Die Auswirkungen dieses Ereignisses reichen weit über Palästina hinaus. Der Verlust der landwirtschaftlichen Biodiversität und der Saatguthoheit ist ein globales Problem. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat die Welt im letzten Jahrhundert über 75 Prozent ihrer Pflanzenvielfalt verloren. Initiativen wie die Palästinensische Saatgutbank gehören zu den wenigen,

die diesen Trend aktiv umkehren, indem sie verlorene Sorten wiedergewinnen und in die aktuellen Anbausysteme integrieren. Die Rolle der Saatgutbank als wissenschaftliche Ressource, Gemeinschaftseinrichtung und politisches Projekt bleibt ungebrochen. Die Zerstörung, die sie erlitten hat, ist erheblich, aber nicht endgültig. Ihr Fortbestand hängt nicht nur von der Widerstandsfähigkeit ihres Teams und der Bäuerinnen und Bauern ab, denen sie dient, sondern auch von der Solidarität all jener, die die globalen Auswirkungen der Saatgutsouveränität verstehen.

Wir laden Partner:innen, Bewegungen und Einzelpersonen in ganz Europa ein, sinnvolle Massnahmen zu ergreifen. Dazu gehören finanzielle Beiträge zum Wiederaufbau der beschädigten Einrichtung, die Unterstützung von Kampagnen zur Regeneration von Saatgut, die Organisation von Sensibilisierungsveranstaltungen und Bildungsinitiativen oder sogar Besuche in Palästina, um sich ein Bild von der Lage zu machen und direkt mit den Bauerngemeinschaften in Kontakt zu treten. Die Verteidigung der landwirtschaftlichen Autonomie erfordert gemeinsame Verantwortung. In jeder noch so kleinen Solidaritätsbekundung steckt ein Samenkorn der Gerechtigkeit

Fuad Abu Saif, Direktor der UAWC –
Union der landwirtschaftlichen
Arbeitskomitees

1. Teil des Westjordanlandes unter israelischer Kontrolle und Sicherheitsverwaltung

ÖSTERREICH/ANTIFASCHISMUS

Polizeiübergreif auf NS-Gedenkstätte

Einsatzkräfte stürmten Ende Juli die NS-Gedenkstätte Peršmanhof in Südkärnten und das dort stattfindende Antifa-Camp. Sie begründeten den Polizeieinsatz mit wildem Campen und Verstössen gegen das Naturschutzgesetz.

Am Sonntag, dem 27. Juli, haben ein gutes Dutzend teils schwer bewaffnete Polizist:innen unter der Führung eines Beamten des Staatsschutzes, begleitet vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, sowie der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt, einem Polizeihelikopter, Drohnen und einer Hundestaffel das antifaschistische Bildungs-Camp am Peršmanmuseum überfallsartig durchsucht und die Identität der Teilnehmenden registriert. Der Einsatz dauerte 4 Stunden; 3 Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Camp-Mitorganisatorin Mira Gabriel erinnert sich an den Sonntag, als die Polizei das Museum stürmte: «Ein Polizist stand vor uns, hat geschrien, eine Hand an der Waffe und mit der anderen gezittert, weil er nervös war. Das ist wirklich keine gute Kombination.»

Rund 60 Personen nahmen am Camp teil. Organisiert hatte es der Klub slowenischer Studierender in Wien (KSŠSD) – mit ausdrücklicher Zustimmung der Museumsleitung, die das Zelten auf dem Gelände erlaubte.

Neben Studierenden und Aktivist:innen

waren auch Nachkommen von Opfern anwesend, von denen mehrere angaben, durch die Ereignisse retraumatisiert worden zu sein. Einer von ihnen ist Bernard Sadovnik, Bürgermeister des Nachbarorts Globasnitz und Vorsitzender des Volksgruppenbeirats: «So ein massiver Polizeieinsatz genau 80 Jahre nach dem Massaker reißt bei mir als Nachkomme Wunden auf. Ich bin ohne Worte und von den Gesprächen mit den jungen Menschen vor Ort zutiefst betroffen. Ich fordere eine sofortige lückenlose politische Aufarbeitung dieses skandalösen Vorfalls.»

Die Museumsleitung am gleichen Tag in einer Presseaussendung: «An einem Ort, an dem kurz vor Ende des 2. Weltkrieges Angehörige des SS- und Polizeiregiments 13 in einem Überfall elf Angehörige der Familien Sadovnik und Kogoj brutal ermordeten, darunter 7 Kinder, muss ein derart unverhältnismässiges und aggressives Vorgehen als pietät- und respektlos aufgefasst werden. Die Bildungs- und Gedenkarbeit für anwesende Besucher:innen wurde dadurch gravierend gestört.» Markus Gönitzer, Obmann Društvo/Verein Peršman: «Ein solches Vorgehen der Behörden und der Exekutive zeugt von grosser Ignoranz und fehlender Sensibilität gegen-

über dem sensiblen historischen Kontext, in dem das Museum Peršmanhof arbeitet. Im Erinnerungsjahr 2025 ist ein solches Vorgehen an einem ehemaligen NS-Tatort nicht nur eine schmerzliche Erfahrung für das Museum Peršman, sondern für alle Gedenkstätten und -initiativen unseres Landes. Was sagen diese Ereignisse über die Wertschätzung gegenüber der Kärntner slowenischen Volksgruppe und ihrer Geschichte aus?»

Das einzige Museum dieser Art

Der ehemalige Bergbauernhof Peršman in der Gemeinde Bad Eisenkappel liegt in 1.000m Seehöhe, 12 km vom Ort entfernt, umgeben von Viehweiden und Wäldern. In der Nazi-Zeit unterstützten die slowenischsprachigen Bewohner:innen des Hofes den antifaschistischen Befreiungskampf mit Lebensmitteln, Kleidung und Unterkunft, bis Ende April 1945 die SS das Massaker verübte und den Hof niederbrannte. Die Mörder wurden nie bestraft, die slowenische Sprachgruppe in Kärnten nach 1945 weiterhin diskriminiert und der antifaschistische Widerstand geächtet, obwohl Österreich 1955 nicht zuletzt aufgrund des eigenen Beitrags zur Befreiung vom Faschismus seine Souveränität mit dem Staatsvertrag (der Verfassung) wiedererlangte. Die alliierten Truppen zogen ab.

Jahrzehntelang blieben vom Peršman nur Ruinen zurück bis Anfang der 1980er Jahre Freiwillige aus Jugoslawien und Österreich das Wohnhaus wieder aufbauten, eine Gedenkstätte und ein Museum einrichteten, das einzige Museum dieser Art in Kärnten.

Der Sitz des Europäischen Bürger:innen Forums Österreich befindet sich nur wenige Kilometer vom Peršman entfernt, auf dem Stopar, dem Bergbauernhof der Europäischen Kooperative Longo ma! Am Tag der Razzia besuchten mehrere Teilnehmer:innen des Antifa-Camps einen Kräuterkurs am Stopar.

Seit der Eröffnung des Museums 1982 haben wir allen unseren Gästen das Peršmanmuseum gezeigt. Sofort nach dem Polizeieinsatz informierten wir Freund:innen im In- und Ausland. Zahlreiche Protestbriefe sind danach im Innenministerium, beim Bundeskanzler und beim Landeshauptmann (Chef der Landesregierung) eingegangen. Siehe Kasten unten. Viele Organisationen und Ein-



zelpersonen kritisierten den Polizeieinsatz, u.a. die KZ-Gedenkstätte Mauthausen, das DÖW (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes), die österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück, die katholische Kirche Kärntens und alle Parteispitzen, ausser die FPÖ. In Wien und Klagenfurt fanden wenige Tage nach dem Übergriff gut besuchte Protest-Kundgebungen statt.

«Ein Einsatz wie jeder andere»

Und die Polizei? Der Einsatzleiter im Krankenstand, Schweigen, niemand übernimmt die Verantwortung. Zwei Tage nach dem Übergriff erklärt Kärntens stellvertretender Polizeidirektor Plazer in der ZIB II, den Spätnachrichten des ORF, es handle sich um einen Einsatz wie jeder andere. Er habe gegenüber Volksgruppenvertreter Sadovnik sein Bedauern ausgedrückt. Eine Entschuldigung gegenüber der Museumsleitung und den Campteilnehmer:innen lehnte er ab. Auf die Frage des Moderators, warum bei Verstößen gegen das Naturschutzgesetz der Verfassungsschutz anrücke, antwortete Plazer, die Antifa, das seien ja die Linken und es sei doch bekannt, dass da immer Extremisten dabei seien. Antifaschismus steht anscheinend bei der Kärntner Polizei generell unter Extremis-

musverdacht. Auch das verbriefte Recht der Kärntner Slowen:innen, bei der Befragung in ihrer Muttersprache zu sprechen, wurde von manchen Exekutivbeamten als Provokation, Eskalation oder gar Widerstand gegen die Staatsgewalt gewertet.

Mitorganisatorin Mira Gabriel findet es unverschämt, dass der Einsatzleiter die Razzia damit rechtfertigte, das Bildungscamp stelle einen «sittenwidrigen Umgang» mit der Gedenkstätte dar: «Als Nachfahren gedenken wir des Widerstands. Und zwar nicht nur, indem wir kurz hinfahren, weinen und wieder gehen. Dass uns Polizisten vorschreiben wollen, wie wir zu gedenken haben, ist eine Frechheit.»

Mehrere Teilnehmer:innen sprechen von Einschüchterung und vermuten eine politische Motivation hinter dem Einsatz. So auch der Rechtsanwalt der Kärntner Slowen:innen, Rudi Vouk, der gegenüber dem ORF sagt: «Meiner Meinung nach war das eine von langer Hand geplante Aktion, mit dem Ziel, Jugendliche, die das antifaschistische Gedenken kultivieren, einzuschüchtern.» Vouk vermutet, es sei vor allem darum gegangen, an die Personalien der Teilnehmenden zu kommen, und hat Anzeigen wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch eingebracht.

EINER DER VIELEN BRIEFE

Auszüge aus dem Brief einer Freundin, die seit Jahrzehnten das Gästehaus des Hof Stopar besucht:

«Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, mit ungläubigem Erstaunen habe ich die Berichte zum Polizeieinsatz am Peršmanhof zur Kenntnis genommen. Ich kenne die Gedenkstätte, seit ich Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal in Eisenkappel war. Seitdem habe ich fast jedes Jahr einen Urlaub dort verbracht, habe die Geschichte der Kärntner Slowen:innen kennengelernt, viel dazu und darüber gelesen und auch an einer Reihe von Gedenk- und Kultur-Veranstaltungen teilgenommen. Ich wollte verstehen, was während der Zeit des Nazi-Faschismus in Kärnten geschehen ist und warum es in der Zeit danach zu ständigen Verletzungen der Minderheitenrechte kam. Ich habe die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen seitdem mitverfolgt, und mich gefreut, dass es auf beiden Seiten Menschen gab, die diese Beziehungen ändern, verbessern wollten.

Für mich ist dieser Polizeieinsatz 80 Jahre nach den Morden der SS während eines Camps, bei dem junge Menschen sich damit befassen, der Opfer zu gedenken und zu überlegen, wie man gegen ein erneutes Aufkommen des Faschismus vorgehen kann, nicht nachvollziehbar und völlig unangemessen. (...)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich dafür einsetzen:

- dass die Befehlskette des Polizeieinsatzes am 27.7. vollständig transparent gemacht wird;
- dass der Einsatz von Hubschrauber, Hundestaffeln, Drohnen bei Ausweiskontrollen und Verwaltungsangelegenheiten auf Amtsmissbrauch geprüft wird;
- dass Sie sicherstellen, dass Bildungs-Camps, Workshops und Erinnerungsarbeit an der Gedenkstätte Peršman in ihrer frei gewählten Form weiterhin stattfinden können.»

Ellen Thielen-Vafaie,
Würselen (bei Aachen)

Geht es gegen rechts, agieren die Sicherheitsbehörden deutlich milder. An dem Wochenende, an dem die Razzia in Kärnten stattfand, veranstaltete die rechtsextreme Identitäre Bewegung eine Demo in Wien. Trotz verhetzender Parolen wie «Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!» zeigte die Polizei ausschliesslich Personen der Gegendemos an.

Slowenischer Botschafter fassungslos

Politischer Druck kommt aus dem Nachbarland Slowenien. Die slowenische Aussenministerin Tanja Fajon fordert Aufklärung. Der scheidende Botschafter Sloweniens in Wien, Aleksander Geržina bezeichnet den Polizeieinsatz als «Stunde null für Kärnten». Er könne immer noch nicht fassen, «dass so etwas in einer demokratischen Republik möglich ist. Hier wurde jedes Augenmass verloren», sagte der Diplomat. Er wies darauf hin, dass im Vorjahr dieselbe Veranstaltung an dem Ort stattgefunden habe. «Damals ist nur ein Polizist gekommen, und nach fünf Minuten war er wieder weg», sagte er. Besonders schockiere ihn die brutale Festnahme von Nikolaj Orasche, dem Sekretär des Verbands der Kärntner Partisan-innen. Orasche wurde von einem Polizisten zu Boden gedrückt und verhaftet, als er darauf bestand, in seiner slowenischen Muttersprache zu sprechen. Es

existiert eine Videoaufnahme. Vom Innenministerium und vom Landeshauptmann forderte der Botschafter rasche Aufklärung. «Es kann ja nicht Wochen dauern, dass man herausfindet, wer was wem angeordnet hat. Dabei war gerade der Kampf der Kärntner Partisan-innen ganz wichtig für die Wiederherstellung Österreichs.»

Auf den Druck reagierten Bundespräsident Alexander van der Bellen und Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP), die beide betonten, dass Einsätze an so einem Ort Sensibilität erfordern – eine recht diplomatisch formulierte Kritik an dem Polizeieinsatz. Die Grünen richteten gleich am nächsten Tag eine parlamentarische Anfrage mit 55 Fragen an den Innenminister. Sie wollen unter anderem wissen, wer den Einsatz angeordnet hat und ob das Ministerium davon wusste.

Kommission eingesetzt

Innenminister Karner (ÖVP) und Landeshauptmann Kaiser (SPÖ) sind um Schadensbegrenzung bemüht und haben eine Untersuchungskommission eingerichtet. Peršmanhof-Vizeobfrau Eva Hartmann dazu: «Auch wenn jetzt verschiedene Spekulationen und, ja sozusagen Nebelgranaten geworfen werden, ist der Ursprung zwei Wochen nach dem Einsatz nicht geklärt. Und das ist aus unserer Sicht das gravierende Problem in die-

ser Diskussion.» Die Vereinsleitung begrüsse die Einsetzung der Kommission.

Die multiprofessionelle Kommission besteht aus Vertreter-innen der beiden Peršman-Vereine, der kärntner-slowenischen Volksgruppe, der Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Beamt-innen des Innenministeriums und Personen aus den Bereichen Wissenschaft und Recht. Laut Innenministerium werde die Kommission ihre Arbeit sofort aufnehmen und bis Ende September Ergebnisse liefern.

Für Vereinsobmann Gönitzer hat «Österreich anscheinend noch immer ein Problem damit, sich zu Antifaschismus zu bekennen, wo er nicht nur symbolisch vor sich hergetragen wird. Dass jetzt herumdiskutiert wird, ob es eine Provokation war, dass Slowenisch als Amtssprache eingefordert wurde, zeigt ja, dass das Bekenntnis zum Artikel 7 des Staatsvertrags (in der die Rechte der Minderheiten festgelegt sind) noch immer nicht existiert, genauso wenig wie das Bekenntnis, dass Antifaschismus ein Grundpfeiler dieser Demokratie ist.»

Die gute Nachricht: Das Thema kommt nicht zur Ruhe. Nach wie vor erscheinen Berichte in der Presse und den Sozialen Medien. Wir werden nicht zulassen, dass Antifaschismus kriminalisiert wird!

Heike Schiebeck, EBF-Österreich

UKRAINE/SCHWEIZ

Wiederaufbau mit der Zivilgesellschaft

Am 18. Juni veranstalteten wir in Bern eine Konferenz unter dem Titel «Wiederaufbau in der Ukraine – die Zivilgesellschaft als treibende Kraft». Es ging darum, die Schweizer Öffentlichkeit für den Wiederaufbau in der Ukraine zu sensibilisieren und gleichzeitig darauf zu drängen, dass das fünf milliardenschwere Schweizer Hilfsprogramm für die nächsten 11 Jahre auch zivilgesellschaftlichen Initiativen zugutekommt.

Rund 80 Menschen fanden sich im Kirchenzentrum CAP in Bern zu diesem Anlass ein. Einerseits waren Gäste aus der Ukraine angereist und andererseits nahmen Vertreterinnen von Schweizer Initiativen teil, die in der Ukraine tätig sind. Die Genossenschaftsbewegung Longo maï mit Sitz in Basel, die

seit über 30 Jahren in der Region Transkarpatien engagiert ist, war als Mitorganisatorin präsent.

Die ukrainische Menschenrechtsanwältin Oleksandra Matwijtschuk, Vorsitzende des «Centre for Civil Liberties» (CLL) und Friedensnobelpreisträgerin 2022, musste leider

im letzten Moment ihre Teilnahme absagen; sie schickte uns aber eine Videobotschaft, die wir zur Einführung in die Konferenz abspielten und gerne hier im Wortlaut wiedergeben. Ebenso möchten wir unseren Leserinnen und Lesern im Folgenden noch andere Redebeiträge in Auszügen näherbringen.

«Wir müssen jetzt handeln!»

Oleksandra Matwijtschuk: «Ich bin Menschenrechtsanwältin und es ist mir eine Ehre, vor diesem Publikum sprechen zu dürfen. Ich dokumentiere Kriegsverbrechen in diesem Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt. Während dieser Krieg Menschen zu Zahlen macht, geben wir ihnen buchstäblich ihre Namen zurück, denn Menschen sind keine Zahlen, und das Leben jedes Einzelnen zählt. Dieser Krieg hat nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftliche Dimension. Putin versucht, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und das Land zu besetzen, indem er Wohnhäuser, Fabriken, Strassen, Kirchen, Schulen, Museen und Krankenhäuser gezielt zerstört. Deshalb können wir es uns nicht leisten, den



Wiederaufbau auf die Nachkriegszeit zu verschieben. Wir müssen jetzt handeln. Und ich möchte heute zwei wichtige Botschaften vermitteln: Wenn wir über Wiederaufbau sprechen, denken wir zunächst an die Wiederherstellung von Wohngebäuden, Strassen und ziviler Infrastruktur. Das ist sicher wichtig und unverzichtbar, aber die Menschen, die von diesem Krieg betroffen sind, müssen die Priorität bilden. Es sollte ein Programm für Überlebende von Verbrechen geben, mit medizinischer und psychologischer Hilfe für die Menschen. Es sollte Hilfsprogramme für Binnenvertriebene und für Menschen geben, die in zerstörte Gemeinden zurückkehren. Nötig sind Entwicklungsprojekte für die lokalen Gemeinschaften und Unterstützung für lokale Unternehmen, da diese durch die russische Aggression ihre wichtigsten Vermögenswerte und Einrichtungen verloren haben. Auch Umweltprobleme müssen angegangen werden.

Und zweitens: Damit sich der Wiederaufbau nicht nur auf gross angelegte Bauvorhaben beschränkt, müssen wir die lokalen Behörden und die Zivilgesellschaft in alle Phasen dieses Prozesses einbeziehen, also in die Planung, Umsetzung und Überwachung. Wir müssen ein Dreieck bilden, in dem die internationalen Partner mit den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft im weitesten Sinne zusammenarbeiten, mit den lokalen Unternehmen, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, Umweltgruppen und so weiter. Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben.»

Zusammen die Dinge verändern

Nataliya Kabatsiy leitete seit 25 Jahren die nichtstaatliche Organisation «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) mit inzwischen 17 Mitarbeiter:innen. Diese arbeitet in verschiedenen Bereichen, aber die wichtigsten Themen, die sie vor dem Krieg beschäftigten, waren Menschen mit Behinderungen, die Menschenrechte im Allgemeinen und die Migration. Sie arbeitet lokal in Transkarpatien aber auch überregional in einem breiten Netzwerk. Sie

erklärt eingangs in ihrem Redebeitrag:

«Wir haben staatliche Finanzierung in der Ukraine immer abgelehnt, um unabhängig zu bleiben, weil hier die Politik einerseits Einfluss ausüben will und andererseits sehr wechselhaft ist. Wir wollten keine politische Etikette, so waren wir natürlich auf internationale Fonds angewiesen.»

Das CAMZ hat inzwischen grosse Erfahrung sowohl mit verschiedenen privaten Organisationen aus dem Ausland als auch mit staatlichen Institutionen in Deutschland, Frankreich oder mit der Europäischen Union: «Wir arbeiten gerne mit kleineren Institutionen zusammen, weil wir auf diese Art Projekte realisieren können, die direkt auf die Menschen zugeschnitten sind. Mit den grossen Institutionen gibt es meistens grosse politische Linien im Hintergrund und sie agieren von oben nach unten und nicht von unten nach oben. Als Geldgeber wollen sie bestimmen, wo es lang geht. Sie meinen, es besser zu wissen als diejenigen, die vor Ort sind. Die Ortskundigen sind aber die einzigen, die wirklich wissen, was es braucht. Das ist der Unterschied, wenn man mit verschiedenen Donatoren arbeitet.»

Das CAMZ kooperiert seit fast 20 Jahren mit privaten Institutionen in der Schweiz, u.a. mit dem Europäischen Bürger:innen Forum und Longo maí. Ausserdem ist Nataliya Mitbegründerin des «Netzwerks Schweiz-Transkarpatien/ Ukraine» (NeSTU), das verschiedene soziale und kulturelle Projekte mitaufgebaut hat. Mit dem Verein Parasolka in der Schweiz konnte das CAMZ vor 15 Jahren ein Pilotprojekt mit behinderten Menschen in Transkarpatien starten, das zum positiven Vorbild für die ganze Ukraine wurde. Dann kommt Nataliya auf den Krieg und auf die Rolle der Zivilgesellschaft zu sprechen:

«Als der Krieg kam, waren wir nicht vorbereitet. Aber wir waren doch irgendwie bereit, weil wir die ukrainische Zivilgesellschaft sind, die immer anders leben wollte. Wir wollten nicht unter Diktatoren leben; die haben wir nach Russland geschickt. Und wir haben die Maidan-Revolution gemacht,

und zwar nicht für nichts, sondern um unsere Situation zu verändern. Es ist die Zivilgesellschaft, die 2014 nach der Annexion der Krim die ersten Geflüchteten von der Krim, aus Luhansk und dem Donbass aufgenommen hat. Es ist die Zivilgesellschaft, die nie aufgehört hat, den Staat zu Reformen zu drängen. (...) Die Oberen versuchen oft, krumme Sachen zu machen, aber sie horchen immer, ob unten etwas passiert oder nicht. Sie müssen auf die Zivilgesellschaft hören, weil sie wissen, dass es jederzeit wieder zur Revolte kommen kann¹. Denn zusammen können wir die Dinge verändern. Und diese Haltung hat uns in den ersten zwei Monaten geholfen, als der grosse Krieg begonnen hatte.

Es gab zuerst keine grosse internationale Hilfe, weil niemand dachte, dass wir uns halten könnten. Es gab gegenseitige Hilfe unter den Menschen. (...) Das hat uns ermöglicht zu handeln. Wenn man über den Wiederaufbau spricht, sollte man immer im Kopf haben, dass dieses Land ein bisschen anders ist und dass die Zivilgesellschaft ihre Rolle im Wiederaufbau zu spielen hat. Man sagt, dass man die Ukraine nach dem Krieg wieder aufbauen kann, aber es geht auch um das hier und jetzt. Nach jedem Bombardement erhalte ich Telefonanrufe von Menschen, die fragen, ob wir sie aufnehmen können. Denn wir haben drei Notaufnahmehäuser in Transkarpatien. Die Anzahl der Geflüchteten steigt stetig. Jeden Tag werden neue Städte und Dörfer zerstört. Es braucht Lösungen, die wir schon heute in Angriff nehmen. (...)

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir arbeiten seit 20 Jahren mit einem Waisenhaus, welches Kinder mit verschiedenen Behinderungen beherbergt. Der Direktor erhält sofort Anrufe, wenn irgendwo in der Ukraine ein Waisenhaus schliesst und es Kinder gibt, die wegmüssen, weil der Ort von einer Bombe getroffen wurde. Sie werden dann nach Transkarpatien evakuiert. Wir selber haben nicht genug Platz. Sie werden von uns provisorisch aufgenommen. Doch man muss sofort überlegen, wo man sie, in welcher Institution, langfristig unterbringen kann.

In unseren Aufnahmehäusern für interne Geflüchtete gibt es viele ältere Menschen, die nie wieder in ihr Dorf zurückkehren können. Also muss man überlegen, wie man diesen alten Menschen helfen kann, damit sie in Würde leben können. Wenn ich höre, dass viele finanzielle Mittel des Schweizer Hilfsprogramms für die Ukraine in Schweizer Unternehmen fließen², verstehe ich das einerseits, denn jedes Land will seine eigene Wirtschaft unterstützen, aber andererseits muss ich sagen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer viele Ideen haben; sie sind sehr innovativ, und es wäre beispielsweise möglich, sie mit Mikrokrediten zu unterstützen, damit sie ihre Wirtschaft selbst wieder aufbauen und so das Land stabilisieren können.»

Was ist die Perspektive?

Francesca Chukwunyere ist Abgeordnete im Stadtrat von Bern und die ehemalige Leiterin der «Temporären Unterkunft Viererfeld» (TUV), die hauptsächlich für ukrainische Geflüchtete eingerichtet worden war. Ihr fiel auf, dass die Zusammensetzung der Ankommenden anders war als bei vorherigen Flüchtlingsgruppen: hauptsächlich Frauen und ältere bis alte Menschen, aber auch viele Kinder. Ein Grossteil der Beherbergten im Viererfeld waren Roma, die aus dem Westen der Ukraine, also aus Transkarpatien, kamen. Als das Schweizer Parlament im Herbst 2024 den

S-Status für Geflüchtete aus dem Westen der Ukraine abschaffen wollte, beschloss Francesca Chukwunyere vor Ort zu gehen, um die Situation zu erkunden. So lernte sie die oben erwähnten Projekte kennen, die alle von privater Natur sind. Von ukrainischer staatlicher Seite her besuchte sie das einzige Altersheim, das existiert, und 200 Plätze hat – bei einer Einwohnerzahl in Transkarpatien von inzwischen rund 1,2 Millionen Menschen. Ein Viertel der Bewohner:innen in diesem Heim sind Binnenflüchtlinge:

«Meine Sorge als Leiterin des Zentrums für Geflüchtete in Bern war immer: Was passiert mit den Leuten, wenn sie zurückmüssen oder wieder zurückwollen? Gerade die älteren Leute wollen kaum hierbleiben. Aber was ist die Perspektive, wenn sie zurückgehen? Und was passiert mit den Roma, wenn deren S-Status nicht verlängert wird oder sie gar nicht mehr hierherkommen können?» Francesca Chukwunyere besuchte auch eine Romasiedlung in Mukatschevo³. In diesem eigentlichen «Roma-Ghetto» lebten vor dem Krieg rund 15'000 Menschen. Sie werden diskriminiert und durch den Krieg noch mehr an den Rand gedrängt.

Bessere Vernetzung

Als Fazit der Konferenz waren sich alle Rednerinnen und Redner einig, dass die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle beim Wieder-

aufbau spielen muss. Der offiziellen Schweiz wird empfohlen, die 5 Milliarden Franken für die Ukraine nicht nur in Schweizer Unternehmen und in Grossprojekte zu investieren⁴, sondern vor allem die zivilgesellschaftlichen Initiativen zu fördern. Auf Unverständnis stösst, dass die Region Transkarpatien gar nicht berücksichtigt wird. Zwar sind hier die materiellen Zerstörungen gering, aber die Region ist als Fluchtpunkt für Zehntausende und als Ort der Resilienz enorm wichtig und auf Unterstützung angewiesen. Die Konferenz war jedenfalls ein wichtiger Schritt für eine bessere Vernetzung zwischen den anwesenden Initiativen und ein Plädoyer für einen Wiederaufbau «von unten».

Michael Rössler

1. Ein aktueller Beweis dafür: Die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Unabhängigkeit der Anti-Korruptionsbehörden beschnitten hätte, führte Ende Juli zu landesweiten Strassen-Protesten mit Tausenden von vor allem jungen Menschen, so dass Präsident Selenskyj zurückrudern musste.

2. Von 1,5 Milliarden Franken an Wiederaufbauhilfen bis 2028 fliessen 500 Millionen an Schweizer Wirtschaftsunternehmen, die in oder für die Ukraine tätig sind.

3. Siehe Archipel Nr.344: J. Kräfter: «Roma in Transkarpatien»

4. Siehe Archipel Nr. 347: M. Rössler: «Wer hilft wem?» Der Bundesrat hat 1,5 Milliarden Franken an Wiederaufbauhilfen bis 2028 vorgesehen. Davon sollen aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit allein 500 Millionen über die Schweizer Wirtschaft laufen.

ÖSTERREICH/MEDIEN

Bürger·innenräte, Medien und Demokratie

Der konstruktive Austausch zwischen Menschen und Gruppen über die Grenzen der Meinungsblasen hinaus wird immer rarer. Immer mehr Menschen nutzen die grossen digitalen Plattformen als erste Informationsquellen, um mit anderen in Kontakt zu bleiben oder um eigene Inhalte zu verbreiten. Was sich als «Soziale Medien» verkauft, sind das jedoch kommerzielle Plattformen, die weder sozial ausgerichtet sind noch die Verantwortung für die von ihnen verbreiteten Inhalte wahrnehmen.

Digitale Plattformen leben vom Geschäft der Aufregung und der Zuspitzung. Konfrontation, Hass und Desinformation werden mit Klicks belohnt. Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit unterstützen sie mit ihren Geschäftsmodellen die Verbreitung von hetzerischen und spaltenden Inhalten. Immer öfter schrillen die Alarmglocken, weil diese Form der Kommunikation die Demokratie bedroht und vor allem rechtsextremen Grup-

pen und Parteien wie der AfD in Deutschland oder der FPÖ in Österreich in die Hände spielt. Zusätzlich steigen viele ehemals seriös arbeitende Medien in die Logik der Aufregungsökonomie ein und wetteifern mit den Plattformen oder gehen vielmehr mit ihnen eine Symbiose ein.

Was muss sich ändern, damit Medien die Demokratie bestmöglich unterstützen? Mit dieser Frage haben sich die «Bürger·innenräte

Medien und Demokratie» im Frühjahr 2025 in Irland, Österreich, Slowenien und Tschechien auseinandergesetzt, ihre Vorstellungen und Ansprüche diskutiert und eine Reihe von Resolutionen erarbeitet und beschlossen. In jedem Land umfasste der Bürger·innenrat eine Gruppe von zwanzig Menschen im Alter von 18 bis 80+ Jahren mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Hintergründen und Biografien. Die Bürger·innenräte trafen im Zeitraum von März bis Mai 2025 an vier Samstagen zusammen und berieten sich jeweils zu einem anderen Schwerpunkt. Am ersten Tag stand das Zusammenspiel von Medien und Demokratie im Mittelpunkt. Danach ging es um Einblicke in Mediensysteme und die Medienregulierung, im weiteren um Partizipation in und durch Medien sowie zuletzt um gesellschaftliche Repräsentation in den Medien. Das Aushandeln der Spielregeln für ihre Arbeitsweise und die Form sowie die Regeln der Beschlussfassungen lagen bei den Bürger·innen selbst. Unterstützt wurden sie jeweils von einem professionellen Moderations- und Organisationsteam.

Was ist für mich Demokratie?

Die Beratungen starteten in allen Ländern mit der Frage: «Was ist für mich Demokratie und welche Ansprüche an Medien habe

ich, um meine Vorstellung von Demokratie leben zu können?». Im Gegensatz zu unserer umfassenden Nutzung und Mitgestaltung von Medien sind die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Verflechtungen mit der Politik – in Österreich unter dem Schlagwort «Inseratenkorruption» – ein komplexes Feld, auch für Jurist:innen und Politiker:innen. Um hier tiefergehende Einblicke zu gewinnen, standen den Bürger:innenräten an jedem Termin eine Reihe von Expert:innen aus der Wissenschaft und aus der Medienpraxis als Auskunftspersonen zur Verfügung. Die beteiligten Bürger:innen gewannen so tiefgehende Einblicke in Strukturen und Zusammenhänge, auf die sie dann in den Überlegungen zu ihren Ansprüchen an Medien und an die Demokratie aufbauen konnten. Im Ablauf der Beratungstage stand am Anfang jeweils die «Lernphase» mit Expert:innen, gefolgt von abwechselnden Phasen der Beratung in Kleingruppen zur Formulierung von Vorschlägen, Berichten, dann Diskussionen im Plenum und am Ende des Tages die Beschlussphase.

Die Beratungen aller Bürger:innenräte waren geprägt vom Respektieren anderer Meinungen und Bedürfnisse, sowie der Neugier, andere Perspektiven zu verstehen, und gemeinsame Antworten zu formulieren und abzustimmen. Thematisch fokussierten die Anliegen auf die Förderung von Medienqualität, die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und der gesellschaftlichen Repräsentation in den Medien. Ein verbindendes Thema in allen Ländern war auch die Forderung nach mehr Medienbildung für alle Generationen. In den Diskussionen kam die Sprache immer wieder auf die Dringlichkeit der «Ent-Bubbelung», dem Aufbrechen der «Blasen», in denen sich immer mehr Menschen bewegen und so nicht mehr bereit sind, sich mit anderen Positionen oder Meinungen konstruktiv auseinanderzusetzen. Der Bürger:innenrat selbst war ein gutes Beispiel dafür, dass das nicht nur möglich ist, sondern auch spannend und motivierend sein kann.

Alle Bürger:innenräte formulierten und beschlossen jeweils eine Liste von 20 bis 50 Anregungen und Forderungen, die sich an die Politiker:innen, an die Medien, an Bildungsverantwortliche, aber auch an die Gesellschaft

richten. Ebenso wichtig für die Beteiligten waren aber die persönlichen Erfahrungen und das Erleben, dass es möglich und spannend ist, sich über Meinungsgräben hinweg konstruktiv auszutauschen und gemeinsam Ergebnisse zu erarbeiten. Viele bestätigten beim letzten Treffen, dass es motivierend war, gemeinsam am Thema zu arbeiten und neue Formen des Engagements auszuprobieren. Die Etappen der Bürger:innenräte wurden jeweils in kurzen Blogbeiträgen¹ festgehalten und können so auch nachverfolgt werden.

Die Anregungen und Forderungen

In Irland forderten die Bürger:innen unter anderem die Basisfinanzierung für nicht-kommerzielle Community Medien, die Verankerung eines verpflichtenden Mindestlohns für Journalist:innen, die Behandlung der Digitalen Plattformen als Medien sowie die vierteljährliche Abhaltung von Medienforen, bei denen Medienverantwortliche und Medienpolitiker:innen über ihre Tätigkeiten berichten und interessierten Bürger:innen Rede und Antwort stehen müssen.

In Slowenien stand die Forderung nach mehr Transparenz zu den Besitzstrukturen von Medien sowie die Stärkung nichtkommerzieller Medien im Vordergrund. Weiters wurde verlangt, dass benachteiligte soziale Gruppen, über die berichtet wird, stets auch selbst zu Wort kommen müssen. Ausserdem wurden Programme gefordert, die nicht nur die Vermittlung von kritischer Medienkompetenz fördern, sondern explizit auch Vertreter:innen benachteiligter Gruppen leichteren Zugang zum Journalismus und zu den Medien verschaffen.

In Tschechien wurden Massnahmen gegen die Medienkonzentration, die Unterstützung von kritischen Journalist:innen gegen SLAPP-Klagen² und der Journalist:innengewerkschaft generell sowie die Inflationsanpassung der Rundfunkgebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefordert. Eine ganze Reihe von Forderungen unterstützen die Arbeit von lokalen Community Medien und die Einbindung von Minderheitenvertreter:innen in Medienregulierung und Journalismus. In Österreich zog sich der Anspruch, Medien nach expliziten Qualitätskriterien zu fördern und Entscheidungsprozesse auch transparent zu machen,

durch alle Beratungstage. Da der Zugang zu seriösen Medieninhalten mit Kosten verbunden ist, sollen sozial benachteiligte Personen auch kostenfreien Zugang erhalten und an öffentlichen Orten, an denen derzeit vor allem Gratiszeitungen präsent sind, vermehrt Qualitätsmedien zugänglich gemacht werden. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, für demokratiefördernde Algorithmen bei den Digitalen Plattformen einzutreten. Eine Besonderheit in Österreich war, dass die Expert:innen-Inputs auch per «Graphic Reporting» dokumentiert wurden. In allen beteiligten Ländern fanden Veranstaltungen statt, um die Resolutionen der Vertreter:innen aus Medien, Politik und der Zivilgesellschaft vorzustellen und mögliche Schritte zur Umsetzung zu diskutieren. Die Beteiligten waren sich einig, dass die Bürger:innenräte weiterarbeiten sollten und es dringend wäre, zu vielen anderen gesellschaftlichen Themen solche Räte einzurichten.

Die «Bürger:innenräte Medien und Demokratie» sind Teil des Forschungsprojekts «Mapping Media for Future Democracies (MeDeMAP)»³, das sich mit der Frage beschäftigt, was Medien leisten müssen, um die Demokratie bestmöglich zu unterstützen. Für die Konzeption und Koordination der Bürger:innenräte war der Verein COMMIT verantwortlich, der dabei auch vom Europäischen Bürger:innen Forum unterstützt wurde. Die Partner:innen waren das Friedensinstitut in Slowenien und universitäre Einrichtungen in Irland und Tschechien. Das Gesamtprojekt MeDeMAP wird von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften koordiniert. Am 24.9. gibt es im Rahmen des letzten Projekttreffens einen runden Tisch, bei dem Vertreter:innen aus den vier Ländern die Ergebnisse im Kontext kurz vorstellen. Die Teilnahme daran ist online möglich und vielleicht hat jemand Lust hineinzuhören. Den Link dazu findet ihr auf unserer homepage.

Helmut Peissl, EBF-Österreich und Geschäftsführer von COMMIT

1. www.medemap.commit.at/medemap-blog

2. SLAPP: Strategic lawsuit against public participation (Strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung)

3. www.medemap.eu

VERBOT VON ATOMWAFFEN

In der Schweizer Ausgabe dieses Archipels findet Ihr einen Unterschriftenbogen bezüglich der Schweizer Atomwaffenverbotsinitiative. Bitte helft mit!

Atomwaffen sind die zerstörerischsten Waffen der Welt. Die Bedrohung durch Atomwaffen ist real und so gross wie seit langem nicht mehr. Nur ein Verbot kann diese Gefahr eindämmen. Dieses Ziel verfolgt der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW), der wichtigste Abrüstungsvertrag unserer Zeit. Dass der Bundesrat

den Beitritt zu diesem Vertrag nach wie vor verweigert, ist unverständlich. Mit dem Beitritt zum TPNW bekennt sich die Schweiz zu ihrer humanitären Tradition und legt die Grundsteine für eine sicherere atomwaffenfreie Welt. Unterstützt deshalb die Atomwaffenverbotsinitiative, die den Beitritt der Schweiz zum TPNW fordert!

Wir brauchen 100'000 Unterschriften, um den Bundesrat zur Unterschrift des Atomwaffenverbotsvertrags zu zwingen!

Freispruch für solidarisches Handeln

Am 8. Juli 2025 fand die Gerichtsverhandlung gegen Caroline Meijers, Präsidentin des «Mouvement jurassien de soutien aux sans-papiers»¹, in Porrentruy im Schweizer Kanton Jura statt. Sie hatte ihre Adresse einem abgelehnten syrischen Asylbewerber zur Verfügung gestellt, damit dieser von der Migrationsbehörde Post für die Wiederaufnahme seines Verfahrens empfangen konnte; er selbst war untergetaucht.

Eines Morgens erschienen mehrere Polizeibeamte bei Caroline und durchsuchten ihre Wohnung. Obwohl die Durchsuchung keinerlei Anzeichen einer Beherbergung des Syriers ergeben hatte, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen «Verstosses gegen das Gesetz über die illegale Einreise und den illegalen Aufenthalt eines Ausländers».² Ein Delikt, für das ein Jahr Haft verhängt werden kann. Dieser Versuch der Behörden, die Solidarität mit Sans-papiers und Geflüchteten zu kriminalisieren, führte zu einer breiten Unterstützung der Beschuldigten.

Vollbesetzter Gerichtssaal

Am Verhandlungstag ist der Gerichtssaal vollbesetzt: Wir sind rund siebzig Personen aus der ganzen Schweiz mit Transparenten und Plakaten, die das «Solidaritätsdelikt» und die Unmenschlichkeit des Grenzregimes anprangern. Sogar ein Hund ist mit von der Partie; er schafft es, dem Richter ein leises Lächeln abzutrotzen, und stillschweigend ein Bleiberecht im Saal in Anspruch zu nehmen. Dass unsere bunte Schar im Gerichtssaal toleriert wird, überrascht uns in positiver Weise, ohne uns jedoch von der Ernsthaftigkeit der Ver-

handlung und der Sorge um die Angeklagte abzulenken. Die kantonale Staatsanwaltschaft hat es nicht für nötig befunden, eine:n Repräsentant:in zu schicken – vielleicht ein Zeichen dafür, dass sie bemerkt hat, dass ihre Anklage nicht wirklich standhält.

Caroline kommt ausführlich zu Wort und hält ein Plädoyer für Solidarität und zivilen Ungehorsam, der manchmal die einzige Möglichkeit sei, um in Not geratene Menschen zu schützen. Das Publikum applaudiert ausgiebig, ohne dass der Richter den Saal räumen lässt. Caroline verteidigt ihr Prinzip, verneint aber, dass sie den syrischen Asylbewerber bei sich beherbergt hätte. Ihr Anwalt hält fest, dass, selbst wenn sie dies getan hätte, eine kurze Beherbergung von beispielsweise bis zu drei Wochen keine Begünstigung für einen illegalen Aufenthalt darstellen würde. Denn das Bundesgericht hatte in einem Urteil entschieden, dass nur bei einer Person, die während mehreren Monaten einen «illegalen» Ausländer oder eine Ausländerin verstecken würde, von diesem Straftatbestand ausgegangen werden könne.

Das Gesetz gegen die Erleichterung der illegalen Einreise und des illegalen Aufent-

halts einer ausländischen Person gilt sowohl für Schlepper, die von ihren Klient:innen profitieren, als auch für Helfer:innen, die aus humanitären und solidarischen Gründen handeln. Bis ins Jahr 2008 konnten die Gerichte noch Personen wegen «ehrenhaften Motiven» freisprechen. Danach wurde diese Klausel abgeschafft – eine von vielen Verschärfungen im Ausländerrecht.

Glückliche Gesichter

Nach einer halbstündigen Unterbrechung der Verhandlung finden sich wieder alle im Gerichtssaal ein, um zu erfahren, ob das Urteil gefällt wird oder ob dafür ein anderer Termin festgelegt wird. Doch der Richter ist parat und verkündet also das Urteil: Freispruch in allen Punkten! Der Staat muss die Kosten übernehmen. Im Saal explodiert der Applaus. Die Spannung ist vorbei und überall sind glückliche Gesichter zu sehen.

Der Richter begründet den Freispruch damit, dass, selbst wenn Caroline den abgelehnten Asylbewerber während drei Wochen beherbergt hätte, dies nicht für eine Verurteilung ausreichen würde. Ausserdem habe sie nichts aktiv unternommen, um eine Ausschaffung zu verhindern oder eine solche zu erschweren; daran ändere sich auch nichts, dass sie ihre Adresse dem Asylbewerber zur Verfügung gestellt habe. Da es also keinen Verstoss gegeben habe, könne sie auch nicht für ihre Vereinsaktivitäten zu Gunsten der Sans-papiers belangt werden. Obwohl sich alle über den Freispruch freuen, bleibt der bittere Nachgeschmack, dass es überhaupt zu einem solchen Prozess kommen konnte. Caroline ist formell: «Diese ganze Affäre geht über meine kleine individuelle Geschichte hinaus. Es ist das Gesetz, das wir ändern müssen. Wir werden nicht aufgeben!»

Michael Rössler

1. www.mjssp.ch

2. Siehe Archipel Nr. 345: Axl van der Beke: «Solidaritätsdelikt im Jura»



Foto: EBF

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org